

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 115 (1989)
Heft: 24

Rubrik: Bundeshuus-Wösch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Koller räumt auf

An allen Orten ist der Schweizer vom Schilderwald umzingelt. Um in diesem Wirrwarr aufzuräumen und klare Verhältnisse zu schaffen, veröffentlichte Bundesrat Arnold Koller, der neue Justizminister, ein Merkblatt. Das ist sehr lobenswert. Kinder unter sieben dürfen vorne im Auto sitzen; Warnblinker dürfen verwendet werden, um nachfolgende Autofahrer vor Staus zu warnen. Nebelschlussleuchten dürfen nur verwendet werden, wenn die Sichtweite weniger als 50 Meter beträgt; undsoweiter undsofort. Viel besser allerdings wäre es wohl gewesen, alle neuen Regeln gemeinsam einzuführen. So aber treten einige am 1. Mai, andere am 1. Juli und wieder andere erst am 1. Januar des nächsten Jahres in Kraft.

Hinten anstehen!

Nicht ganz programmgemäß verlief unlängst die Behandlung eines Wunschbegehrens des Solothurner FDP-Ständerates Max Affolter. Als Präsident der neugeschaffenen Verwaltungskommission des Parlaments wollte Affolter ganz ausser Programm einen sofort zu bezahlenden Kredit von einer Million Franken erhalten, um die Kellerräume des Bundeshauses mit Büros für alle Parlamentarier auszurüsten. Zuerst ging er im April zur Finanzdelegation, die für Begehren ausser Programm zuständig ist. Affolter erhielt einen Korb. Dann sprach der Solothurner bei der Finanzkommission vor. Doch auch sie vermochte dem Geldbegehren nicht zu folgen. Sie musste den seit 1973 im Parlament weilenden Ständevertreter dar-



auf aufmerksam machen, dass Dinge, die nicht so dringlich sind, auf dem ordentlichen Budgetweg eingebracht werden sollen. Das könne man nicht hinterher noch hineinschmuggeln. Affolter habe sich hinten anzustellen, wie alle anderen auch. Mehr Glück hatte Affolter vor einiger Zeit mit einem Vorstoss, den Import von Hunde- und Katzenfutter mit einer Steuer zu verteuern. Dieser wurde angenommen.

SUVA-Löhne zu hoch?

Satte Pfründe stecken oft an unvermuteten Orten. Wer hätte gewusst, dass die Löhne bei der Suva zum Teil wesentlich über dem Niveau für Bundesbeamte liegen? Doch jüngst musste dies EDI-Bundesrat Flavio Cotti erfahren. Er wollte den 57-jährigen Juristen und Direktor der SUVA, Walter Seiler, als Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) nach Bern holen. Dass dieser nun 50 000 Franken statt lediglich 20 000 Franken mehr erhält als seine Direktunterstellten, hat im Amt die Haltung geweckt, dass «dieser erst einmal beweisen muss, so viel mehr wert zu sein als wir.» Nicht nur BSV-Beamte, auch die Finanzdelegation des Parlaments hat bereits reagiert. Die SUVA soll ihre Löhne abbauen, fordert sie im Jahresbericht.

PUK ergründet das Nichts

Seit vielen Jahrtausenden befasst sich die Menschheit mit der philosophischen Grundsatzfrage über die Beschaffenheit des Nichts. Umfangreiche Abhandlungen wurden zu Druckerzeugnissen verarbeitet. Dabei wäre es doch ganz einfach. Die parlamentarische Untersuchungskommission PUK hat es bereits mit sieben Seiten geschafft, den Beweis zu führen, dass man ein Nichts auch in 15 Plenums- und 22 Subkommissionssitzungen nicht zu finden vermag. Die rettende Idee zur Verdeckung der Peinlichkeit ist der PUK auch gekommen: Es wurde einfach eine Informationssperre verhängt.

Grossverteiler als Grossverleier

Trotz den «Gönnern des Schweizer Tiereschutzes», den «Landwirtschafts-Informationen für Steuerzahler und Konsumenten» in Küsnacht, dem «Schweizer Freiheitsbund» in Buch am Irchel und der VKMB: Denner-Chef Karl Schwenker verlor die Abstimmung. Nicht einmal der Stromgott war ihm hold. Sonst hätte er in Aarau den Stromausfall erst kurz vor der geplanten Ablieferung jener pietätlosen Millionensendung passieren lassen, in welcher im Namen von Witwe Frieda Hochueli «ein letzter Appell» gerichtet wurde. Dann hätte Schwenker wenigstens jene Gelder gespart.

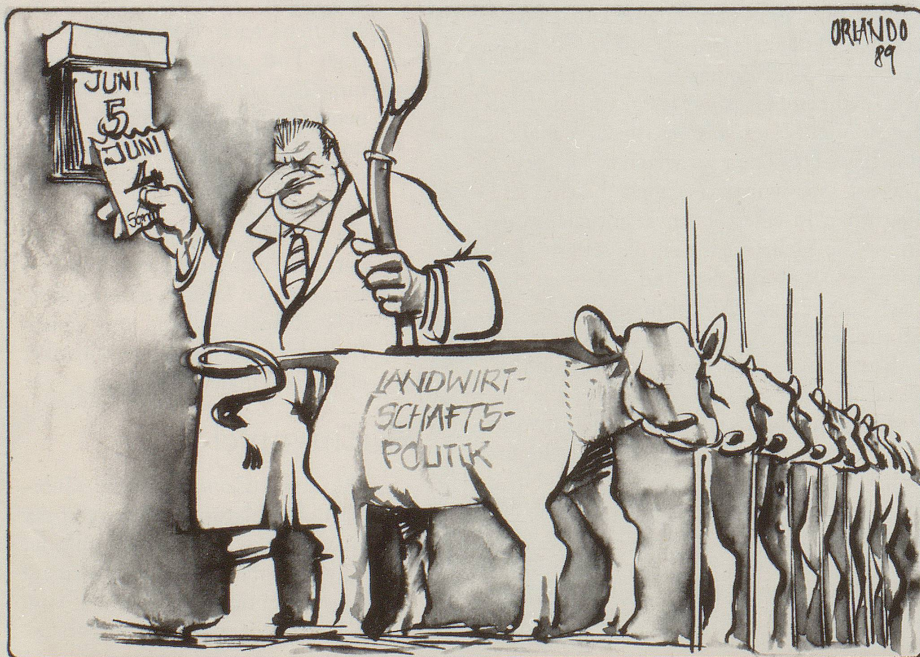
Bundeshaus fliegt aus

Die Parlamentarier absolvieren jeweils in der Junisession ihre traditionellen Fraktionsausflüge. Jede Fraktion für sich. Die Programme lassen auf die politische Befindlichkeit schliessen. Mit der SP geht es «abwärts». Zumindest auf einer Wanderung in den Weinbergen des Lavaux. Die SVP hingegen befindet sich offenbar in einem Jungbrunnen. Sie reist nach Bubendorf. Die CVP will gar nichts ändern. Sie bleibt der Tradition verbunden und besucht ein Kloster.

Eine bodenlose Drohung

Die Sozialdemokraten haben ihre Rolle der «schampar unbequemen Opposition» wieder gefunden. Mächtig zugeschlagen haben sie bereits am allerersten Tag der Sommersession. Den dicksten Hammer aus der Kiste haben die Linken hervorgeholt. Wenn nicht, so die Drohung, das Thema Bodenrecht in der dritten Sessionswoche behandelt wird, werden zur Strafe Unterschriften für eine Sondersession gesammelt. Nur: Das Bodenthema ist bereits in der dritten Sessionswoche traktandiert.

Lisette Chlämmerli



Irgend etwas ist seit dem 4. Juni nicht mehr so wie vorher.